Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg 2c.] Anschluß-Nr. 176.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 199. Halle a. d. Saale, Sonnabend den 29. April **1893.**

Die Strafgewalt des Reichstages.

Die Komödie, die der Abgeordnete für Friedeberg-Arnswalde im Reichstage aufführt, erntet nicht allenthalben nur Heiterkeit. Nicht jedermann besitzt den philosophischen Humor, zu lächeln über die Mätzchen, die der Rektor aller Deutschen in den Versammlungen für zwanzig Pfennige, in den Flugschriften etwas theurerer und von der Tribüne der Volksvertretung unentgeltlich zum Besten giebt. Auch kann man es den Männern, die persönlich verunglimpft werden, nicht verargen, wenn sie nicht eben gute Miene zum bösen Spiel machen. Wäre Herr Ahlwardt ein anderer als er ist, so hätte Herr von Bennigsen ihm vermuthlich seinen Kartellträger geschickt, wie er es einst Herrn von Ludwig gegenüber that. Wir sind keine Freunde des Duells, am allerwenigsten des parlamentarischen. Aber es ist zu verstehen, daß ein Mann, der sieht, wie sein Gegner allen Vernunftgründen unzugänglich bleibt, schließlich zu anderen Waffen greifen will; es ist zu verstehen in einem Staatswesen, dem die gesellschaftlichen Gebräuche des Offizierkorps vielfach das Gepräge geben. Doch heute fordert Rudolf von Bennigsen Herrn Ahlwardt nicht vor die Pistole, und auch Herr Miquel, der des Falscheides bezichtigt wird, wird sich nicht mit Herrn Ahlwardt schlagen. Es bedarf einem Ahlwardt gegenüber keiner öffentlichen Beweise physischen Muthes, um die Stellung in der Gesellschaft zu behaupten.

Darüber herrscht in den gesitteten Kreisen aller Parteien Einverständniß. Um so verwunderlicher sind die wiederholten Anregungen, die Strafgewalt des Reichstages zu verschärfen, damit dem Treiben eines boshaften Schwätzers und gewerbsmäßigen Ehrabschneiders eine Schranke gezogen werde. Man will es als unerträglich bezeichnen, daß ein Abgeordneter wie Herr Ahlwardt nach allen seinen bisherigen Leistungen ruhig seines Mandats weiter walten könne. Auch die „Nordd. Allg. Ztg." beschwert sich heute darüber, daß Herr Ahlwardt sogar Personen außerhalb des Reichstages ungestraft beleidigen und verleumden dürfe. In der That ungestraft, sofern die Verurtheilung durch den gesammten Reichstag, durch den Präsidenten des Hauses und die öffentliche Meinung keine Strafe ist. Wir aber fragen: Ist dem Beleidigten und Verleumdeten mehr mit einer solchen ihm von der gesammten Volksvertretung gegebenen Genugthuung gedient oder aber mit der wiederholten Verurtheilung des Herrn Ahlwardt zu einigen Monaten Gefängniß? Gerade bei Ehrverletzungen kann es keine wirksamere Strafe als dieses moralische Spießruthenlaufen geben, unter dem Herr Ahlwardt gegenwärtig wenigstens für alle anständigen Menschen zusammenbricht.

Es ist ein Glück, daß diese Dinge in aller Oeffentlichkeit im Reichstage verhandelt werden, und zwar von allen Parteien. Das ist weit wirksamer, als wenn etwa ein Gerichtshof von 3 oder 5 Personen mit Herrn Ahlwardt zu thun gehabt hätte. Denn alsdann lägen erstlich keine authentisch beglaubigten Stenogramme vor, und zweitens könnte der Verleumder auch Staatsanwalt, Richter und Zeugen wieder verleumden und in den Verdacht bringen, aus Parteirücksichten oder aus konfessionellen Gründen das Recht gebeugt zu haben.

Die „Nordd. Allg. Z." bezieht sich heute auf den Gesetzentwurf, den Fürst Bismarck am 12. Februar 1879 im Reichstage einbrachte. Damals war davon die Rede, daß man auf der Tribüne des Reichstages zur Vorbereitung zum Hochverrath, zum Aufruhr, vielleicht gar zum Königsmorde auffordern könne, und kein Strafgesetz die Ahndung dieses Verbrechens gestatte. Auch könne man Privatpersonen, denen keine Befugniß der Vertheidigung im Reichstage zusteht, öffentlich brandmarken und verleumden, ohne daß eine Klage zulässig oder auch nur die Erwiderung außerhalb des Hauses, durch § 193 des Strafgesetzbuches gedeckt, als Kompensation zu betrachten sei. Demgemäß wurde vorgeschlagen, daß dem Reichstage die Befugniß zustehen solle, durch einen besondern Ausschuß Mitglieder, die sich bei Ausübung ihres Berufes einer Ungebühr schuldig gemacht haben, zum Beweis vor versammeltem Hause, zur Verpflichtung zur Entschuldigung oder zum Widerruf in einer von dem Ausschusse vorgeschriebenen Form oder auch zur Ausschließung aus dem Reichstage auf eine bestimmte Zeitdauer, nöthigenfalls bis zum Ende der Legislaturperiode, zu verurtheilen. Dieses Gesetz, das im Reichstage und im Volke den unschönen Namen „Maulkorbgesetz" erhielt, wurde besonders mit den Reden der Sozialdemokratie begründet. Es wurde aber von dem Reichstage als unnütz und schädlich entschieden abgelehnt.

Daß man sich für eine Verschärfung der Disciplinargewalt der Volksvertretung auf ausländische Muster berufen kann, unterliegt keinem Zweifel. Es giebt Parlamente, in denen bald dem Präsidenten, bald einem besondern Ausschusse das Recht eingeräumt ist, Abgeordnete, die sich einer Ungebühr schuldig gemacht haben, zum Widerrufe zu zwingen oder auch sie für gewisse Zeit von den Sitzungen auszuschließen oder gar ihnen bis zum Schlusse der Legislaturperiode die Ausübung des Mandats zu untersagen. Verschärft wird diese Censur in einzelnen Parlamenten besonders durch die Entziehung der Diäten. Auch Staatsrechtslehrer giebt es genug, die derlei Einrichtungen befürworten. So berief sich auch die Reichsregierung im Jahre 1879 auf die Wissenschaft. Aber es wurde nicht schwer, nachzuweisen, daß noch sehr viel mehr Männer der Wissenschaft gegen als für diese Strafgewalt eintreten. Und selbst ein so konservativer Mann wie der Fürst zu Hohenlohe-Langenburg erinnerte an die Thatsache, daß das amerikanische Parlament zum Beginn des Sezessionskrieges häufig Mitglieder für die Dauer der Legislaturperiode ausgeschlossen habe, nur um entsprechende Abstimmungen herbeizuführen. Und Herr von Kardorff, ein freikonservativer Politiker, war es, der schon vor zwei Jahrzehnten die Ueberzeugung aussprach, daß die Mißbräuche der parlamentarischen Freiheit am meisten diejenige Sache zu schädigen geeignet seien, in deren Vertretung sie vorkommen, das Individuum, das die Ausschreitungen begeht, und vor allen Dingen die Interessen der Partei, die sie duldet und in Schutz nimmt.

Das ist vollkommen richtig. Wir haben nicht den Beruf noch die Neigung, die Disciplinargewalt fremder Parlamente einer eingehenden Besprechung zu unterwerfen. Andere Länder, andere Sitten. In Deutschland haben sich die bestehenden Befugnisse des Präsidenten ohne Zweifel als ausreichend erwiesen. Der Parlamentarismus in Preußen ist jetzt 45 Jahre alt, und es hat sich kein Bedürfniß herausgestellt, die Strafgewalt des Präsidenten zu verschärfen. Weit eher ist die Nothwendigkeit hervorgetreten, die Minderheit gegen Vergewaltigung durch die Mehrheit stärker als bisher zu schützen. Es hat erregte Zeiten gegeben, in denen eine Majorität in der Leidenschaft des Augenblicks nicht gesünnt hätte, Wortführer der Minderheit aus dem Abgeordnetenhause oder aus dem Reichstage ohne weiteres auszuschließen. Es wäre auch nicht undenkbar, daß eine solche Befugniß hier zu Lande wie in Amerika mißbraucht würde zur Herstellung von Mehrheiten in bestimmten Fällen. Da soll man sich weislich hüten, Gesetze ab irato zu machen. Und diese Warnung bleibt auch dem unsittlichen Treiben eines Ahlwardt gegenüber am Platze. Gerade dieser Mensch beweist, daß er viel eher von dem Reichstage als von irgend einem Gerichtshofe abgethan werden könnte. Gerade an ihm zeigt sich der volle Segen der unbeschränkten Oeffentlichkeit. Wenn man ihn heute zum Reichstage hinauswiese, dann könnte er am Ende noch den Märtyrer spielen. Jetzt aber, da er die Redefreiheit in vollem Umfange ausbeuten konnte, jetzt, da er genöthigt ist, auf jede Anklage Rede und Antwort zu stehen, da darf man selbst von einer Wählerschaft wie der in Friedeberg-Arnswalde erwarten, daß sie den Rektor aller Deutschen bei den nächsten Wahlen nicht abermals auf den Schild erhebt. Das ist die beste Art, in der ein Parlament ein unwürdiges Mitglied beseitigt. Aber einem Ahlwardt würden wir niemals die Ehre erweisen, seinen Namen auf alle Zeit mit einer Aenderung in der Strafgewalt des Reichstages zu verknüpfen.

Die Festtage in Italien.

(Telegramme.)

Neapel, 28. April.

Die deutschen und italienischen Majestäten, die übrigen Fürstlichkeiten und das Gefolge begaben sich um 10 Uhr an Bord des „Lepanto," welcher, begleitet von dem „Umberto," vier anderen Kriegsschiffen und zahlreichen Privatdampfern, um 10 Uhr 20 Min. den Hafen verließ. Von allen Schiffen, bei denen der „Lepanto" vorbeifuhr, ertönten die Hurrahrufe der Matrosen, während die Kriegsschiffe den Ehrensalut abgaben. Am Hafen war eine ungeheure Menschenmenge versammelt, welche den Majestäten die lebhaftesten Ovationen darbrachte. Das bisher regnerische Wetter hat sich aufgeklärt.

Die Rundfahrt durch den Hafen nahm einen prachtvollen Verlauf. Nachdem der „Lepanto" das unter dem Kommendo des Herzogs von Genua stehende Geschwader sowie S. M. Schiffsjungen-Schulschiff „Nize" passirt hatte, deren Bemannung mit begeistertem Hurrah grüßte, nahm das italienische Panzerschiff die Richtung auf Pozzuoli und das Kap Miseno und setzte sodann die Fahrt bis nach Capri fort, von wo die Rückkehr an Massa und Sorrento vorüber nach Neapel erfolgte. Der Kaiser begleitete die verschiedenen Manöver des Schiffes mit der größten Aufmerksamkeit und drückte wiederholt dem Marineminister Racchia seine vollste Anerkennung über die Vollendung der Ausbildung der Mannschaften und der vorgenommenen Manöver des Geschwaders aus. Während der Fahrt veranstaltete der große Panzer „Humbert," welcher von Minister Brin erbaut ist, ein Scheibenschießen mit schwerem Geschütz. Der Kaiser sprach dem Minister Brin seine Glückwünsche zu dem Gelingen des prächtigen Schiffes aus und kündigte ihm bei dieser Gelegenheit an, daß er ihm seine Büste in Marmor zum Geschenk mache. Bevor S. M. ans Land ging, begab sich derselbe mit dem Herzog von Genua und dem Marineminister an Bord des Torpedo 103 „Schlosau," welcher mit Petroleum geheizt wird, und machte mit demselben eine kurze Fahrt. Um 8 Uhr abends kehrten die deutschen und die italienischen Majestäten, von dem zehntägigen Ausfluge höchst befriedigt, nach dem Palais zurück. Heute abend findet Galavorstellung im Theater San Carlo statt.

*

Bern, 28. April. Auf besondern Wunsch des deutschen Kaisers werden die vom Bundesrath bezeichneten 3 höheren Offiziere sowie das Personal der deutschen Gesandtschaft S. Maj. nur bis Flüelen entgegenreisen. Die Ankunft des Kaisers erfolgt in Flüelen um 8 Uhr morgens. Es wird daselbst eine Compagnie Urner Truppen aufgestellt sein. In Luzern wird S. Maj. um 10 Uhr eintreffen und gegen Mittag die Reise fortsetzen. Beim Empfange daselbst wird auch die dortige Unteroffizierschule betheiligt sein.

Deutsches Reich.

Berlin, 28. April. [Orig.-Ver.] Hoffentlich haben heute auf den Tribünen des Reichstages nicht viele Ausländer der Sitzung beigewohnt, wenigstens nicht, als das hohe Haus bei dem dritten Gegenstande der Tagesordnung, bei der Berathung des Wuchergesetzes sich befand! Vorher waren die Interpellation Richter und in zweiter Berathung der Nachtragsetat zu erledigen. Die Interpellation des Abg. Eugen Richter richtete sich, wie bekannt, gegen die Verwarnung von Leuten des Beurlaubtenstandes bei Kontrollversammlungen wegen öffentlicher Erörterung allgemeiner Fragen der Militärgesetzgebung. Herrn Richter gegenüber gab der Kriegsminister Herr v. Kaltenborn unter gleichzeitiger Verlesung der erlassenen Verfügung die Erklärung ab, daß diese Verfügung jeglichen politischen Charakters entbehre, und daß sie zur Militärvorlage nicht entfernt in Beziehung stehe. Damit war diese Interpellation erledigt. Der Nachtragsetat, der einen Nachschuß verlangt für die Weltausstellung in Chicago, Mittel für ein Botschaftsgebäude in Madrid und für die Umwandlung der Gesandtschaft in Washington in eine Botschaft, wurde bewilligt, worauf das Haus in die Fortsetzung der gestern begonnenen dritten Berathung des Wuchergesetzes und damit in den bewegteren Theil der heutigen Sitzung eintrat. Herr Stadthagen begann den Reigen der Redner, um in höchst erregter, ganz persönlicher Weise die Abg. Böckel und Liebermann anzugreifen und vor allen Dingen den Zusammenhang zwischen Judenthum und Wucher zu bestreiten. Die Antisemiten ließen es nicht an der entsprechenden Entgegnung fehlen, und — leider muß es gesagt sein — eine solche Fluth von Schimpfworten und gegenseitigen persönlichen Beleidigungen, wie heute die sozialdemokratischen und antisemitischen Redner einander an den Kopf warfen, ist wohl noch niemals, auch bei den Ahlwardt-Debatten nicht, gehört worden. Erklärbar vielleicht ist diese Verrohung des Tons als Folge eben jener Ahlwardt-Debatten — entschuldbar ist sie nicht. Freilich hatten gestern die Böckel und Liebermann auch Herrn Stadthagen angegriffen, dies geschah indessen noch in ziemlich sachlicher Form. Als sich Stadthagen dazu verstieg, den Vater des Abg. Böckel einen Wucherer zu nennen, konnte Böckel nicht mehr an sich halten und schleuderte Herrn Stadthagen ein wüthendes „Sie Schuft Sie!" ins Gesicht . . . Allgemeine Erregung . . . Glocke des Präsidenten . . Ordnungsruf . . . . Es sollte nicht der einzige Ordnungsruf bleiben! Aber von Rechts und Parlamentsbrauches wegen hätten deren noch viel mehr fallen sollen, denn sämmtliche Ausführungen der genannten drei Abgeordneten strotzten fortgesetzt von Verbalinjurien; doch konnte wohl der Präsident infolge des immerwährenden Lärms nur einen Theil davon hören. Der Gipfelpunkt wurde erreicht, als Abg. Liebermann mit Stentorstimme Herrn Stadthagen zurief: „Sehr verehrter Herr! Sie sind ein erbärmlicher Schuft!" und derselbe Stadthagen von Herrn Böckel mit dem Rufe „Sie Feigling!" regalirt wurde, wofür Stadthagen mit einem „Sie Lump!" sich revanchiren zu müssen vermeinte. — Im Laufe der eigentlichen Berathung wurde der Rest des Wuchergesetzes angenommen, und zwar mit dem Antrage des Centrumsabg. Rintelen betr. den Wucher mit Vieh und ländlichen Grundstücken.

Berlin, 28. April. [Orig.-Ver.]. Das Abgeordnetenhaus fuhr heute in der Berathung des Kommunalsteuer-Gesetzes bei § 35 fort und gelangte bis § 44a. Eine längere Debatte entspann sich nur über § 44. Dieser Paragraph bestimmt, daß bei Aktienbesitzern diejenige Dividende außer Berechnung bleibt, welche von Aktiengesellschaften bezahlt wird, die bereits Gemeindesteuern erlegt haben. Die Wohnsitzgemeinde des Aktionärs kann jedoch ein volles Viertel des Einkommens des Aktionärs besteuern, wenn das steuerpflichtige Einkommen nach Abzug der Dividende weniger als ¼ Prozent des Gesammteinkommens beträgt. Ein Antrag des Abg. Frhr. von Zedlitz will die Heranziehung der Aktionäre mit der Hälfte ihres Einkommens besteuern, wenn nach Abzug der steuerfreien Dividende nur die Hälfte des Gesammtvermögens übrig bleibt. Mit diesem Antrage wurde § 44 angenommen.

Berlin, 28. April. Die Ahlwardt-Kommission ist bereits heute zur Entgegennahme der Berichte der Referenten wieder zusammengetreten. Der Eröffnung der Verhandlung ging ein eigenthümliches Intermezzo vorher, indem der Vorsitzende der Kommission, Graf Ballestrem, sich veranlaßt sah, den Abg. Ahlwardt aufzufordern, seine Kleidung so zu ordnen, daß er den Anstand nicht verletze. Ahlwardt hat heute wirklich auch den famosen Brief des angeblichen rumänischen Senatspräsidenten Kalindero übergeben. Dabei hat sich nun herausgestellt, daß die Unterschrift demselben durch Aufkleben zugefügt ist; daß der Brief in deutscher Sprache abgefaßt ist, obwohl der angebliche Schreiber desselben notorisch weder deutsch spricht, noch versteht, noch gar schreibt; daß die Richtigkeit des Datums ernsten Zweifeln begegnet, und daß der Brief wenigstens mit Bezug auf die in Rede stehende Behauptung völlig inhaltslos ist. Das genügt! Auf anderen sog. Aktenstücken, z. B. des Herrn Miquel, finden sich Rasuren, die so ungeschickt gemacht sind, daß der ausradirte Name des Kopisten (Meißner) noch leserlich ist. Bezüglich der Hannover-Altenbekener Eisenbahn hat Ahlwardt heute noch eine Druckschrift vorgelegt. Direktor im Reichsschatzamte, Aschenborn, weist ziffernmäßig nach, daß der Reichs-Invalidenfonds an den s. Z. angekauften Prior.-Obligationen der Hannover-Altenbekener Eisenbahn nicht nur keinen Verlust erlitten, sondern bei dem Verkaufe derselben vor der Eisenbahnverstaatlichung einen Gewinn von 241,000 M. gehabt hat. Dasselbe gilt von den übrigen Prioritätsobligationen. Das deutsche Volk sollte aber laut Ahlwardt um Hunderte von Millionen betrogen worden sein. Irgend welche Beweise für die weiteren Behauptungen Ahlwardt's hat auch der Abg. Porsch in dem Material nicht entdecken können. Dasselbe ist zudem so durcheinander geworfen, daß Ahlwardt selbst sich nicht zurechtfinden kann. Bis zu der nächsten morgen vormittag stattfindenden Sitzung soll der Referent einen weitern Versuch machen, sich in dem Material zu orientiren. Der Abg. Stöcker gab durch Zwischenfragen eine gewisse Neigung kund, Ahlwardt zubilfe zu kommen. Voraussichtlich wird der Bericht der Kommission schon nächsten Montag im Reichstage zur Verhandlung kommen.

In Centrumskreisen wird, wie die „Natl. Korr." hört, jede Aussicht auf eine Verständigung in der Militärfrage bestimmter als jemals in Abrede gestellt, obwohl der Reichskanzler neuerdings zu einigen Zugeständnissen sich geneigter als vordem gezeigt haben soll. Es wird der „Natl. Korr." zuverlässig versichert, Herr v. Huene habe für Vorschläge erheblich über die vom Centrum bisher inne gehaltene Grenze nur ganz vereinzelte Mitglieder hinter sich. — Der „Lib. Korr." zufolge wird erwogen, ob es angängig sei, den Gesetzentwurf betr. die Ersatzvertheilung vor der Militärvorlage zur Erledigung zu bringen, da andernfalls dieses gänzlich unpolitische, aber wichtige Gesetz bei der etwaigen Auflösung des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930429011/fragment/page=0001

Reichstags zu den Akten gelegt werden müßte. — Das amtliche „Dresdener Journal" ist ermächtigt, die Nachricht mehrerer Blätter zu widerlegen, daß einige größere Regierungen, namentlich diejenigen von Bayern, Sachsen und Baden, im Falle einer Ablehnung der Militärvorlage sich gegen eine Auflösung des Reichstages ausgesprochen hätten. Zur Zeit habe für Sachsen wenigstens kein Anlaß vorgelegen, zu einer solchen Frage Stellung zu nehmen.

Der „Reichsanzeiger" enthält heute im nichtamtlichen Theile folgende Erklärung:

„Die Form, welche die „Köln. Volks-Ztg." einer an den Kardinal Ledochowski gerichteten huldreichen Aeußerung Sr. Maj. des Kaisers giebt, ist vollständig erfunden."

Daß der Kaiser gegenüber dem Kardinal Ledochowski eine „huldreiche Aeußerung" gethan hat, wird also bestätigt. Der Kaiser hat aber die Eminenz nicht gebeten, das, was ihr während des Kulturkampfes wegen wiederholter Verletzung der Staatsgesetze widerfahren ist, zu vergessen; vielmehr hat er, nach offiziösen Andeutungen, gesagt, daß der Rückkehr des Kardinals nach Deutschland nichts im Wege stehe, daß derselbe für die noch nicht verbüßten Strafen amnestirt sei, und daß damit das Geschehene abgethan sei. Der Mitarbeiter der „Köln. Volks-Ztg." hat demnach die Aeußerung des Kaisers geradezu verdreht. Das gesteht auch die „Germania" zu, indem sie bemerkt, daß besser jeder Versuch einer wörtlichen Berichterstattung unterblieben wäre! In denselben Fehler einer tendenziösen Berichterstattung scheint aber der römische Korrespondent der „Germania" selbst verfallen zu sein, der an die einstündige Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Papst folgende Bemerkung knüpft:

„Wir wollen hoffen und beten, daß für die Kirche in Deutschland und Preußen, wie für die großen sozialen Interessen sich die segensreichsten Folgen an diese Unterredung knüpfen mögen. Jedenfalls sind die Beziehungen zwischen dem deutschen Kaiser, dem mächtigsten Monarchen der Christenheit, und dem Oberhaupt der katholischen Kirche durch diese Unterredung herzlicher und freundschaftlicher geworden."

In der am 27. April abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrathes wurde dem Entwurfe eines Gesetzes, betr. die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushalt-Etat für 1892/93 und dem Entwurfe von Bestimmungen, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien, die Zustimmung ertheilt. Der Antrag Badens, betr. die Aenderung der Statuten der „Badischen Bank", und der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes vom 1. Juli 1872 über die Gebühren und Kosten bei den Konsulaten des Deutschen Reiches wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen. Endlich wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten Beschluß gefaßt.

Die Mittheilung, daß der zweite Nachtragsetat für 1892/93 auch eine Forderung für die Unterstützung der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften enthalten würde, erweist sich als falsch. Der Nachtragsetat-Entwurf, wie er dem Reichstage nunmehr vorliegt, enthält eine hierauf bezügliche Position nicht. Bekanntlich erhielt das Gesetz, welches diese Unterstützung regelt und das mit dem 1. Juli 1892 in Geltung trat, rückwirkende Kraft, so daß nach Maßgabe seiner Bestimmungen auch rücksichtlich solcher Friedensübungen Unterstützungen gewährt wurden, welche ganz oder theilweise in der Zeit vom 1. April 1892 bis zum 1. Juli 1892 stattgefunden hatten. Es sind demnach für das ganze Jahr 1892/93 Unterstützungen zu zahlen gewesen. Die Lieferungsverbände haben die Zahlungen zu bewirken, die jährlich aus Reichsmitteln erstattet werden. In den Etat für 1892/93 konnte eine Summe für diesen Zweck, die im Etat für 1893/94 auf 2 Millionen festgesetzt ist, nicht eingestellt sein, weil das Gesetz erst im Laufe des Etatsjahres erlassen wurde. Der jetzige Nachtragsetat hat auch schon davon abgesehen, weil er lediglich darauf zugeschnitten ist, den Fehlbetrag, mit welchem das Etatsjahr 1892/93 sicher für die Reichskasse abschließen wird, um die $6\frac{1}{2}$ Millionen zu vermindern, um welche die Ueberweisungen an die Bundesstaaten, wie wir schon vor einiger Zeit auseinandergesetzt haben, voraussichtlich den Etatsanschlag übersteigen werden. Diese $6\frac{1}{2}$ Millionen sind aber auf die Steigerung, welche die Positionen der Beschaffung der Brot- und Fouragematerialien sowie der Viktualienverpflegung gegen den Etatsanschlag thatsächlich erfahren haben und die sich auf 9,3 Millionen belaufen dürfte, in Anrechnung gebracht worden. Die für 1892/93 erforderlich gewordene Summe zur Rückerstattung der an die zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften gezahlten Unterstützungen wird demnach erst in dem auf das Jahr 1894/95 anzurechnenden Fehlbetrage zur etatsmäßigen Verrechnung gelangen.

Herr Reichstagsabg. Wisser-Windischholzhausen, bekanntlich keiner Fraktion angehörig, bittet uns, gegenüber den in seinem Wahlkreise verbreiteten Nachrichten über seinen event. Anschluß an irgend eine der heute bestehenden größeren politischen Parteien mitzutheilen, daß die bezüglichen Nachrichten (von denen auch wir Kenntniß genommen hatten) der Wahrheit nicht entsprechen. Weiter erklärt Herr Wisser:

Ich stehe allen diesen müßigen Operationen vollständig fern und es liegt für mich keine Veranlassung vor, das Bedürfniß des Anschlusses an irgend eine der politischen Parteien des Parlaments zu empfinden. Das Interesse des Reiches, welches identisch mit dem Interessen meiner Wählerschaft, verpflichtet mich, das Gute und Praktische zu fördern und zu vertreten, von welcher Seite auch mir dasselbe entgegentreten möge. Ich bin überzeugt davon, daß mir die unabhängige Wahrung dieses Standpunktes in meiner gegenwärtigen Stellung am besten gelingt.

Marinenachricht. S. M. Fahrzeug „Loreley" ist am 27. April in Alexandrien eingetroffen und beabsichtigt am 13. Mai nach Jaffa in See zu gehen.

Ausland.

England. London, 28. April. Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, theilte mit, daß am oberen Schire-Fluß ein von Sklavenhändlern angestifteter Aufruhr stattgefunden hat. Der Aufruhr, an welchem sich besonders zwei große Karawanen betheiligten, wurde von dem Araber Abu-Kaka geleitet. Zwei eingeborene Häuptlinge schlossen sich den Sklavenhändlern an; der eine zog sich jedoch bald zurück und der andere suchte zur Zeit, als das Telegramm über den Aufstand nach London abging, um Frieden nach. Das schnelle Eingreifen des Kapitäns Johnston verhinderte eine weitere Ausdehnung der Revolte. Jetzt sei aus Indien eine Verstärkung der Engländer eingetroffen; zu Besorgnissen sei kein Anlaß.

Gladstone erklärte betreffs der jüngsten Ereignisse in Belfast, viele Arbeiter beider Konfessionen seien infolge der herrschenden Aufregung von der Arbeit fortgeblieben; eine große Anzahl Katholiken habe infolge des Vorgehens ihrer protestantischen Kollegen die Beschäftigung verloren. Andererseits seien jedoch viele Arbeiter bereits zur Arbeit zurückgekehrt. Morley spricht alsdann die Hoffnung aus, daß in wenigen Tagen die Erbitterung beseitigt sein werde. Was die Zusammenstöße selbst betreffe, so seien drei Wirthshäuser angegriffen, in 20 Häusern die Spiegelscheiben zertrümmert, ein Polizist schwer verletzt und im ganzen 45 Personen verhaftet worden. Die Führer auf beiden Seiten seien ernstlich bestrebt, den Frieden aufrecht zu halten. Morley glaubt, der Kampf dürfe jetzt als beendet angesehen werden. Hierauf wurde die erste Lesung der Budgetbill angenommen.

London, 28. April. Oberhaus. Lord Campendown lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Bericht der Kommission betr. die exmittirten irischen Pächter, und fragt, ob die Regierung beabsichtige, eine den Vorschlägen der Kommission entsprechende Vorlage einzubringen. Lord Selborne gesteht die Kommission als beispiellos und verfassungswidrig an. Lord Arton erklärt, die Regierung habe nicht die Absicht, eine Vorlage auf Grund der Kommissionsberichte einzubringen, und vertheidigt die Erneuerung der Kommission. Hierauf wurde die Debatte vertagt.

Frankreich. In Paris verlautet, der Botschafterposten in Rom sei dem frühern Minister Constans angeboten worden, doch sei es noch zweifelhaft, ob er ihn annehmen werde; für den Fall, daß Constans nach Rom gehe, werde der bisherige Botschafter Billot den londoner Botschafterposten übernehmen.

Im Gegensatz zu den von Madrid aus verbreiteten Nachrichten betreffs des Zwischenfalles in Tanger zwischen dem französischen Legationssekretär Soubart und einem spanischen Agenten des Transatlantischen Gesellschaft wird aus Paris mitgetheilt: die angestellte Untersuchung habe ergeben, daß der betr. Agent, ohne irgendwie provozirt zu sein, in brutaler Weise Souhart geschlagen und zu Boden geworfen habe. Unmittelbar nach dem Vorfall wurde bei dem spanischen Gesandten in Tanger Beschwerde erhoben. Der französische Gesandte Graf d'Aubigny verlangte baldige und ausreichende Genugthuung.

Die Deputirtenkammer lehnte gestern vormittag mit 360 gegen 175 Stimmen den Beschluß der Budgetkommission zur Patentgesetzgebung, durch welchen die Beschlüsse des Senats in einigen Punkten abgeändert werden, ab und genehmigte die Fassung des Senats. Die weitere Berathung wurde auf nachmittag vertagt. Am Nachmittag beschloß die Deputirtenkammer mit 397 gegen 139 Stimmen den Gesetzentwurf über die Getränkesteuer-Reform von dem Budget zu trennen. Der Finanzminister Peytral hatte die Trennung verlangt und die Vertrauensfrage gestellt. Mehrere Redner, besonders Salis und Pelletan, hatten die Trennung bekämpft. Das vom Senat votirte Gesetz betr. die Börsensteuer wurde angenommen und hierauf das ganze Budget mit 417 gegen 48 Stimmen votirt. Im Laufe der Diskussion des Börsensteuergesetzes brachte Villebois-Mareuil (Rechte) eine Resolution ein, welche die Regierung auffordert, durch die Börsenordnung die Controlleurs fremder Nationalität von der Börse auszuschließen. Die Abstimmung über diese Resolution sollte nach der Abstimmung über das Budget erfolgen, konnte aber wegen Beschlußunfähigkeit nicht vorgenommen werden. Die Sitzung wurde aufgehoben und sollte abends fortgesetzt werden.

Im Senat legte der Finanzminister Peytral das Budget vor. Die Diskussion wurde auf den Abend vertagt. Man hält nunmehr übereinstimmende Beschlüsse des Senats und der Kammer für gewiß.

Nantes, 28. April. Der bei mehreren Gewerben ausgebrochene Streik gewinnt an Ausdehnung. Um die Mittagsstunde durchzogen gegen 8000 Streikende in lärmenden Gruppen die Straßen.

Rußland. Großfürst Nikolaus von Rußland hat am Donnerstag abend auf der Durchreise von Paris nach der Krim im strengsten Incognito Wien passirt.

Nach einer Meldung aus Petersburg ist Fürst Alexander Michailowitsch Dondukow-Korssakow gestorben. Derselbe ist weiteren Kreisen durch seine Thätigkeit als kaiserlich russischer Generalgouverneur von Bulgarien bekannt geworden. Als der letzte Orientkrieg ausbrach, war Dondukow-Korssakow Gouverneur von Kiew. Die Panslavisten, welche auch den Krieg angezettelt hatten, hielten große Stücke von ihm und deshalb wurde er nach dem Frieden von San Stefano mit der Organisation des neugeschaffenen Fürstenthums Bulgarien betraut. Dondukow-Korssakow suchte die durch den Berliner Kongreß beschlossene Trennung von Bulgarien und Ostrumelien zu hintertreiben, erhielt dafür wiederholt Zurechtweisungen seitens des Kaisers Alexander II., blieb aber doch an der Spitze der Verwaltung von Bulgarien und eröffnete am 23. Febr. 1879 die erste bulgarische Nationalversammlung in Tirnowa. Fürst Dondukow-Korssakow glaubte durch Verleihung einer freisinnigen Verfassung große Unruhe in die Verhältnisse Bulgariens hineinzutragen, allein er hatte sich darin arg getäuscht, denn die Bulgaren haben sich schneller, als ihre angeblichen Befreier es glaubten, in die Selbstständigkeit hineingefunden. Dondukow-Korssakow wollte selbst erster Fürst von Bulgarien werden und die Nationalversammlung hatte ihn wohl auch gewählt, allein Kaiser Alexander wollte mit Rücksicht auf die übrigen Mächte hierzu seine Zustimmung nicht geben und wies den Generalgouverneur an, die Bulgaren zur Wahl des Prinzen Alexander von Battenberg zu bewegen. Dondukow-Korssakow kehrte deshalb, nachdem er im Juli 1879 den Prinzen Alexander in die neue Stellung eingeführt hatte, nach Rußland zurück, wo er zunächst an Stelle Loris-Melikoffs zum Generalgouverneur von Charkow und im Januar 1882 nach dem Rücktritte des Großfürsten Michael als Statthalter zum Chef der Civilverwaltung des Kaukasus und Oberbefehlshaber der dortigen Truppen ernannt wurde. Dieses Postens wurde er, nachdem längere Zeit Klagen gegen seine Verwaltung laut geworden waren, am 17. Juni 1890 enthoben.

Bulgarien. Bezüglich der Nachricht, daß Prinz Ferdinand seine Rückreise über Konstantinopel zurücklegen werde, verlautet von unterrichteter Seite in Konstantinopel, daß der Prinz die allerdings ursprünglich beabsichtigte Anwesenheit in Konstantinopel auf Ersuchen des Sultans aufgegeben habe, welcher aus verschiedenen Rücksichten den Empfang des Prinzen zur Zeit für inopportun erachte. Daß in den Nachrichten der Presse über die Reiseroute des Prinzen andauernd die Berührung Konstantinopels erwähnt wird, erklärt sich damit, daß der Prinz gegenwärtig sich an Bord der „Amphitrite" befindet, die im Mittelmeere kreuzt. Nach einer Mittheilung der „Pol. Corr." aus Konstantinopel hat Prinz Ferdinand von Neapel aus dem bulgarischen Exarchen Joseph eine herzliche Dankdepesche für dessen Beglückwünschung zu seiner Vermählung gesandt. Es sei dies das erste mal, daß der Exarch mit dem Prinzen in direkte Verbindung getreten ist.

Nordamerika. New York, 28. April. Dem großen kolumbischen Ballfeste wohnten sämmtliche Admirale der an der Flotteuvreue betheiligten Geschwader und sämmtliche fremden Offiziere, ingleichen das diplomatische Corps und zahlreiche amerikanische Notabilitäten bei. Präsident Cleveland wurde bei dem Eintritt in den Saal mit lebhaften Zurufen begrüßt.

Südamerika. Wie eine Depesche des „New York Herald" meldet, stürmten in der peruanischen Hauptstadt Lima die Anhänger der Präsidentschaftskandidatur Caceres das Lokal der italienischen Zeitung „Voce d'Italia" und brachten dem Redacteur Conti und anderen Personen schwere Verwundungen bei. Der Pöbel griff darauf das Bureau der Zeitung „Junda" an. Die berittene Polizei sprengte den Volkshaufen auseinander, viele Personen wurden verwundet.

Nach einer weitern Depesche des „Herald" aus Valparaiso in Chile weigerte sich der Gesandte der Vereinigten Staaten Egan mit dem Minister des Auswärtigen viel zu verhandeln, weil die Zeitung, deren Miteigenthümer der Minister ist, den Gesandten angegriffen hätte.

Wie das „Reuter'sche Bureau" aus Rio de Janeiro meldet, hat der brasilische Finanzminister Serzedello seine Entlassung eingereicht; zu seinem Nachfolger soll Teitsbello Freire ausersehen sein.

Wissenschaft. Kunst. Litteratur.

— Am 14. Mai wird die große Berliner Kunstausstellung eröffnet. Sie sollte schon am 30. Juli wieder geschlossen werden; doch wird der Schluß der Ausstellung mit Rücksicht auf das außerordentliche Interesse, das dieser ersten gemeinsamen Veranstaltung der Akademie und des Künstlervereins entgegengebracht wird, auf den Antrag der leitenden Kommission durch ministerielle Verfügung bis zum 17. Sept. hinausgeschoben werden.

— Die Ausgrabungen des Deutschen Archäologischen Instituts zwischen Areopag und Pnyx zu Athen in diesem Winter haben zu der Auffindung des wegen seiner Wasserfülle berühmten athenischen Stadtbrunnens, des Enneakrunos, am Fuße des Pnyx-Felsens gegenüber dem Asklepieion geführt. Derselbe stammt aus der ältesten Zeit und wurde im 6. Jahrhundert durch eine großartige Wasserleitung aus dem Ilissosthale verstärkt. Ferner wurde hier zufällig bei einem Neubau ein über 5 m starkes Stück der alten Stadtmauer östlich vom alten acharnischen Thore entdeckt, während in Elensis weitere Stücke der alten Burgmauer sowie ebenfalls einen Brunnen neben dem großen Propyläen aufgefunden wurden.

— Johannes Brahms, unser größter lebender Komponist, begeht am 1. Mai seinen 60. Geburtstag, ist aber nach Sizilien abgereist, um den ihm in Wien zugedachten Ehrungen zu entgehen.

Gerichtsverhandlungen.

L. Leipzig, 28. April. Am 25. September 1891 hielt die Apothekersgattin Emma Ihrer geb. Rother aus Velten in Berlin einen Vortrag, in welchem sie Bericht über den Brüsseler Sozialistenkongreß erstattete. Nebenbei kam sie auch auf den Militarismus zu sprechen und behauptete, die Offiziere und Fähnriche der preußischen resp. deutschen Armee blieben hinter den Kanonen und schickten die Soldaten vor. Wegen des hierin liegenden beleidigenden Vorwurfs der Feigheit stellte der preußische Kriegsminister Graf von Kaltenborn-Stachau als amtlicher Vorgesetzter der preußischen Offiziere und Fähnriche Strafantrag gegen Frau Ihrer. Das Landgericht Berlin I verurtheilte dieselbe dann am 14. Dezember v. J. zu 200 M. Geldstrafe. — Ueber die Revision der Angeklagten hatte heute der zweite Strafsenat des Reichsgerichts zu entscheiden. Der Hauptangriff richtete sich gegen die Giltigkeit des Strafantrages. Derselbe ist viel später als drei Monate nach der Rede der Angeklagten gestellt worden. Doch hat das Landgericht angenommen, daß er gestellt worden ist innerhalb dreier Monate, nachdem der Kriegsminister Kenntniß von der strafbaren Aeußerung erhalten hatte. Die Vertheidigung hatte beabsichtigt, den Herrn Minister bei seiner zeugenschaftlichen Vernehmung zu fragen, ob er nicht schon früher, sogleich nach der Rede der Angeklagten, Kenntniß davon erhalten habe. Am 9. Dezember hatte nun das Gericht beschlossen, den Herrn Minister am 10. Dezember in seiner Dienstwohnung zu vernehmen. Als aber der Vertheidiger die Ladung zu diesem Vernehmungstermin erhielt, war derselbe schon vorüber. In der Nicht-Anwesenheit des Vertheidigers bei der Vernehmung erblickte die Revision eine Beschränkung der Vertheidigung, und sie hielt aus diesem Grunde die erfolgte Verlesung der kommissarischen Vernehmung des Ministers für unstatthaft. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision.

Provinzial-Nachrichten.

Bitterfeld, 28. April. [Orig.-Mitth.] Der Verein für städtische Angelegenheiten beschloß, ein Gesuch wegen Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 18 auf 24 an den Magistrat einzureichen, bei Ablehnung desselben aber eine Beschwerdeschrift an die Königl. Regierung, gegebenenfalls an den Herrn Minister des Innern zu richten. Die Stadt Bitterfeld hat nach §. 12 der Städteordnung von 1853 24 Stadtverordnete zu wählen, ja, es kann sogar, wenn die Einwohnerzahl von 10,000 überschritten ist, was nächstens mit Bestimmtheit erwartet werden kann, eine Erhöhung auf 30 stattfinden.

Freyburg, 28. April. [Orig.-Mitth.] Die Arbeiten zum Neubau der Unstrutbrücke nehmen raschen Fortgang. Gestern bereits — in einem Zeitraume von 14 Tagen — wurde die 64 m lange Interimsbrücke fertiggestellt und dem Verkehr übergeben und heute hat der Abbruch der alten Brücke begonnen. Mit der Leitung des Neubaues ist der Königl. Regierungsbaumeister Krüger-Naumburg betraut worden. — Die Provinzial-Städte-Feuersozietät hat auf Ermittelung des Urhebers des am 22. März in Querfurt stattgefundenen Brandes eine Belohnung von 300 M. gesetzt.

Merseburg, 28. April. [Orig.-Mitth.] In dem nahen Atzendorf wurde ein junges Mädchen, die 17jährige Luise M., in Haft genommen, da es vor einigen Wochen heimlich geboren und das Kind beseitigt hatte. Nach mehrfachen Untersuchungen und Verhören gestand das Mädchen zu, das neugeborene Kind erst 8 Tage lang auf dem Heuboden verborgen und dann am Osterjahrmarkt im Handkorbe mit hierher gebracht und zwischen dem Neumarkte und Meuschau in die Saale geworfen zu haben. Ob und wie weit Angehörige des Mädchens bei der Sache betheiligt sind, dürfte die weitere Untersuchung ergeben.

Wittenberg, 28. April. Zu der gemeldeten Verhaftung des Premier-Lieutenants a. D. Ilgner erklärt die „Mind. Ztg.", daß die Annahme eines militärischen Vergehens irrig ist; die Verhaftung gründe sich ausschließlich auf das Verhalten des Verhafteten im Konkurse der elektrischen Fabrik Karl Ilgner u. Co.

Delitzsch, 28. April. [Orig.-Mitth.] Gestern nachmittag kam ein fremder Mann in ein hiesiges Herren-Kleider-Geschäft und ließ sich mehrere Kleidungsstücke vorlegen. Plötzlich ergriff er einen Kaisermantel und lief damit weg. Der dreiste Dieb wurde aber verfolgt und später zur Haft gebracht. — In Freiroda bei Gleisien wurde der 17jährige Dienstknecht Scherze beim Eggen von einem der Pferde so heftig an den Leib geschlagen, daß er zurücktaumelte. Am nächsten Morgen verschied er.

Altenburg, 28. April. [Orig.-Mitth.] Das Herzogliche Paar feiert heute den 40. Jahrestag seiner Vermählung. — Der Herzog begiebt sich morgen zu einer 4wöchigen Kur nach Baden-Baden.

Gera, 28. April. [Orig.-Mitth.] Ein kürzlich verstorbener Geraer Kaufmann Semmel hat der Stadt ein Kapital von 100,000 Mk. geschenkt mit der Bestimmung, daß dasselbe zum Bau eines neuen Krankenhauses verwandt wird. Ein weiteres Vermächtniß von 10,000 M. hat der Genannte dem Realgymnasium zugewiesen.

Vermischtes.

Der Kaiser und der Rudersport. Der Kaiser hat sein Interesse für den Rudersport durch Stiftung eines weiteren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930429011/fragment/page=0002

Kaiserpreises von Neuem bekundet. Diesmal ist der Preis für die Stettiner Regattabahn bestimmt.

1000 Mark Belohnung. Ueber die Zerstörung in der Villa Saloschin zu Berlin, die mit einem Kostenaufwand von über 1 Million erbaut wurde, wird nachfolgendes bekannt: Der angerichtete Schaden beträgt nach eingehender Schätzung etwa 55,000 M. Der Verbrecher hat vor allem seine Zerstörungswuth an einer kostbaren grünen Plüschgarnitur ausgelassen, deren Ueberzug kurz und klein geschnitten ist. Von dem Wandgemälden sind im ganzen nur vier durch Messerstiche zerschnitten worden. Auch die massiven kostbaren Tische und Stühle in den Zimmern des Erdgeschosses weisen leichtere Beschädigungen durch Kreuz- und Langschnitte auf. Die Möglichkeit eines Diebstahls erscheint völlig ausgeschlossen; der Thäter mußte mit der Zimmereinrichtung der Villa genau Bescheid wissen, und es war ihm sicher bekannt, wo die Schlüssel zum Vertikow und zum Schreibsekretär lagen, und die Thatsache konnte ihm ferner nicht fremd sein, daß Baargeld dort nicht aufzufinden ist. Dafür aber waren in den erwähnten Zimmern Gold- und Silbergegenstände genügend vorhanden, die, falls die Absicht eines Diebstahls vorgelegen, von dem Thäter jedenfalls geraubt worden wären. Es liegt der Verdacht nahe, daß ein ehemaliger Angestellter der Villa Saloschin aus Rachsucht das Zerstörungswerk, das etwa eine Stunde gedauert haben muß, ausgeführt hat. Uebrigens hat Herr Saloschin 1000 M. Belohnung auf Ermittelung des Thäters ausgesetzt.

Wieder ein Postdiebstahl. Von der bekannten Erscheinung, daß ein Unglück gleich in erneuter Auflage sich wiederholt, können wir von neuem berichten; kaum war gestern ein Postdiebstahl der berliner Kriminalpolizei gemeldet, so wird schon ein zweiter angezeigt. Es handelt sich ebenfalls um einen Einschreibebrief der Deutschen Bank, der die Summe von sechstausend Mark enthielt und an die Wittwe Nelke in Salzwedel gerichtet war. Wie diese Verthsendung abhanden gekommen ist, hat sich bisher ebensowenig aufklären lassen, wie der andere Fall.

Ein Checkfälscher. Im Bureau der Bremer Gewerbebank zu Bremen, wurde vorgestern mittag durch die Aufmerksamkeit eines Bankbeamten ein gefährlicher Checkfälscher aus Hamburg auf frischer That ergriffen. Der feingekleidete Gauner legte im Geschäftszimmer der Bank einen größeren Check zur Honorirung vor. Der Kassirer schöpfte jedoch Verdacht und verlangte, den Industrieritter so lange hinzuhalten, bis die telephonisch benachrichtigte Polizei zur Stelle war und festgestellt werden konnte, daß es sich um Fälschung handle. Der Betrüger, welcher die Fälschung nicht leugnen konnte, wurde sofort ins Gefängniß abgeführt.

Eine Belohnung. Das Amtsblatt von Budapest veröffentlicht die Verleihung des Ordens der Eisernen Krone dritter Klasse an Dr. Mehardus Kohl aus Anlaß der mit Gefährdung des eigenen Lebens bewirkten Errettung des Fürstprimas. Man wird sich erinnern, daß Dr. Kohl, der Sekretär des Fürstprimas Vaszary, derjenige war, der sich mit Todesverachtung dem Attentäter Cyolics entgegenwarf, als dieser mit einem Küchenmesser auf den hohen Geistlichen losstürzen wollte. Dr. Kohl erhielt mehrere schwere Verletzungen und schwebte einige Tage in Lebensgefahr.

Endlich! Aus verschiedenen Orten des südlichen Frankreich liegen Meldungen über Regen vor. Auch aus den mittleren Departements wird Regen gemeldet. Ein gleiches wird aus Oberitalien berichtet.

Brandunglück und Wasserschäden. Wie sich jetzt herausstellt, sind Kinder schuld daran, daß der Schwarzwaldort Klengen fast völlig eingeäschert wurde. Sie spielten mit Feuer. Der Schaden beträgt 1½ Millionen Mark und 450 Familien sind obdachlos. — Aus Rußland wird dagegen berichtet, daß zwar die Gefahr für die Nischnyer Schiffe noch fortdauere, aber Hoffnung vorhanden ist, dieselben zu retten. Es wird mit vieler Anstrengung daran gearbeitet, die Wolga von Nischny-Nowgorod bis Sormowo eisfrei zu halten. Mehrere Dampfer suchen die herantreibenden, besonders großen Eisschlöcke zu zerstücken.

Fernsprech-Nachrichten.

Berlin, 29. April, vorm. 7¼ Uhr.

Arnsberg. Wie kürzlich in Simmentrop so hat auch gestern in Meschede eine Versammlung wegen Gründung einer neuen ultramontanen Zeitung mit Fusangel als Chefredacteur berathen. Der „Voss. Ztg." zufolge sind größere Summen zur Unterstützung des Unternehmens schon gezeichnet worden. Die Stimmung für Fusangel hat infolge der Erklärung des Centrums noch mehr zugenommen.

Stettin. Unter choleraverdächtigen Erscheinungen ist hier, wie die „Nat.-Ztg." mittheilt, eine Näherin erkrankt und in die Isolirstation gebracht worden.

Letzte Telegramme.

Berlin, 29. April. Der Kaiser wird, wie jetzt feststeht, am 16. Mai in Begleitung des Grafen zu Dohna und des Prinzen Georg von Carolath auf Schloß Witschko eintreffen.

Brüssel, 29. April. Ueber den Streik wird aus Mons gemeldet: Nachdem die Ausständigen vormittags versucht hatten, die Schienen der Pferdebahn aufzureißen und zwei Bahnübergänge in der Nähe des Bahnhofes in die Luft zu sprengen, besetzte das telegraphisch beorderte Militär den Bahnkörper, die Gasanstalt, die Elektrizitätswerke und die öffentlichen Gebäude. Die Polizei begleitete die umziehenden Aufständigen, welche wiederholt die elektrischen Drähte und die Gasleitung abzuschneiden versuchten. 4 Rädelsführer wurden verhaftet. Bei einem Zusammenstoße mit den Truppen sind einige Personen verwundet worden.

Paris, 29. April. Der Senat nahm das Budget in der von der Kammer votirten Form an.

New York, 28. April. Als der Präsident Cleveland heute morgen bei einer Spazierfahrt der ihm mit Beifall grüßenden Menge dankte, stieß er mit dem Kopfe gegen die Decke des Wagens und erlitt eine Verletzung; er mußte deshalb in das Hotel zurückkehren, um sich verbinden zu lassen. Später nahm er die Spazierfahrt wieder auf, wobei er einige male den Kopf entblößte, um der Menge zu zeigen, daß die Verletzung keine ernste sei. Cleveland wollte kurz vor Mittag nach Chicago abreisen.

Meteorologische Station zu Halle. (Ortszeit.)

	28. April 9 U. ab.	29. April 7 U. mrg.
Barometer Millimeter	751,5	752,6
Thermometer Celsius	5.0	6.0
Rel. Feuchtigkeit	83 %	93 %
Wind	N 1	NO 1

Maximum der Temperatur am 28. April: + 11,20 C.
Minimum „ „ „ 29. April: + 3,90 C.

Witterungsaussichten f. d. nächst. Tage i. mittl. Deutschland.

Noch immer ist bei der gegenwärtigen Luftdruckvertheilung — Maximum über Irland und Skandinavien, Maximum über Frankreich — keine Aussicht auf Niederschläge vorhanden, und auch die Temperatur wird bei abnehmender Bewölkung bald wieder steigen

Handels- und Verkehrs-Nachrichten.

Berliner Börse, 28. April. [Wochenbericht der Saale-Ztg.] Die Huldigungen, welche das italienische Volk in den letzten Tagen unserem Kaiserpaar auf seiner Romfahrt entgegengebracht hat, sind auf unsere Fondsbörse ohne Rückwirkung geblieben. So rauschend und glanzvoll die Feste jenseits der Alpen waren und so heftig die Geister in unserem Reichsparlamente auseinandergeplatzt sind, so geräuschlos ist der Börsenverkehr verlaufen. Die Umsätze waren an einzelnen Tagen so gering wie in der vorjährigen Hochsommerzeit. Aufträge kleinster Art vermochten deshalb, wenn sie nicht gerade ein maassgebendes Papier betrafen, unverhältnissmässig grosse Preisverschiebungen zu bewirken. Die Aufnahmefähigkeit des Marktes schien gänzlich unterbunden. Die Spekulation war zur Unthätigkeit verurtheilt, weil das Privatpublikum eine ausgeprägte Zurückhaltung zeigte. Erstere befasste sich im wesentlichen mit den Vorbereitungen zur Ultimoregulirung, die sich diesesmal nicht so leicht bewerkstelligen liess, als man erwartet hatte, weil die Geldverhältnisse eine schwierigere Gestalt angenommen haben. Der Prolongationszinsfuss, welcher anfangs 3¼ Proz. betragen hatte, stieg langsam auf 4 und 4½ Proz., der Privatwechselzinsfuss hat sich gleichzeitig von 2 Proz. auf 2⅔ Proz. erhöht und die Reichsbank sah sich veranlasst, ihre Rate für freihändige Wechselankäufe von 2¼ Proz. auf 2½ Proz. zu erhöhen. Diese Steigerung des Geldpreises beruht in der Hauptsache auf den Einzahlungen, welche gegenwärtig auf die neuen dreiprozentigen preussischen und deutschen Anleihen zu machen sind und zum anderen Theile auf dem Stückeüberfluss, der bei den Prolongationen einzelner Spielwerthe hervorgetreten ist. Soweit die Geschäftsstille eine Tendenz erkennen liess, musste dieselbe bis zum Dienstag als schwach und alsdann als ziemlich fest bezeichnet werden. Eine Erholung der Preise ist indess mit der Besserung der Stimmung nicht verbunden gewesen, weil die Befestigung der Haltung ausschliesslich auf Rechnung des Nachlassens des Angebotes gesetzt wurde und der Kursstand vieler industrieller Papiere als unberechtigt hoch gilt. Die Nachfrage wurde im wesentlichen durch die angesichts der andauernden Trockenheit erheblich getrübten Ernteaussichten zurückgehalten. Einen bedeutenden Einfluss in nachtheiligem Sinne hatten auch die Nachrichten vom rheinischen Kohlenmarkt, dessen Verhältnisse sich weiter verschlechtert haben, da die Kohlenhändler zur Abstossung ihrer grossen Bestände und ihrer Verpflichtungen mit ungewöhnlich niedrigen Preisen an die Verbraucher herantreten und dadurch die Zechenpreise herabdrücken. Der jüngste Monatsausweis der Harpener Bergbaugesellschaft, welcher mit einem erheblichen Mindererträgniss schliesst, hat von dieser Sachlage ein klares Zeugniss abgegeben. Die Kohlenaktien haben unter diesen Umständen durchweg im Preise nachgelassen, in erster Linie Harpener die 4,90 Proz. zurückgegangen sind. Die Aktien der Eisenwerke haben sich besser behaupten können, weil eine Erhöhung des Preises für Thomaseisen um 2 M. eingetreten ist. Nur Bochumer Gusstahlwerk und Dortmunder Union wurden zeitweilig bei nachgebenden Kursen stärker angeboten. Ueber erstere waren verschiedene, wenig glaubhafte Gerüchte, die zum Theil neue Geldbedürfnisse der Gesellschaft in Aussicht stellten, im Umlauf, gegen Dortmunder Union wirkte die beschlossene Erhöhung der Obligationsschuld der Gesellschaft. Die anderen Industriepapiere liessen bei zusehends verringertem Handel eine einheitliche Haltung sowie eine gemeinsame Preisrichtung vermissen. Auf dem Eisenbahnaktienmarkte gelangten nur wenige Papiere zu einiger Regsamkeit; zu diesen zählten Lübecker-Büchener, Prinz Henrybahn und Warschau-Wiener, welche meistens gefragt waren, und Schweizer Centralbahn, die anlässlich ungünstiger Dividendenschätzungen um 1,30 Proz. gedrückt wurden. In den letzten Tagen waren auch Dux-Bodenbacher mehrfach angeboten. Die Rentenpapiere vertheilen der Mehrzahl nach Neigung, zur Schwäche nur die russischen Werthe zeigten die entgegengesetzte Haltung, weil die Verlautbarungen über den Stand der deutsch-russischen Zollverhandlungen in günstigem Sinne ausfielen. Die argentinischen Papiere setzten ihre vorwöchentliche Steigerung zunächst noch fort, verloren später aber an Beachtung. Die Bankaktien setzten recht fest ein, weil man eine demnächstige Fortsetzung der österreichischen Valutaoperation ins Auge fasste; weiterhin bröckelte der Kurs dieser Werthe langsam ab. Für die Geringfügigkeit der Umsätze auf dem Bankengebiete spricht am besten die Thatsache, dass die Kursspannung der Diskonto-Kommandit-Antheile (per Kassa) nur 1¼ Proz. während der Woche betragen hat. Es notirten:

	22. April.	24. April.	25. April.	26. April.	27. April.	28. April
3proz. D. Reichsanl.	87,25	87,10	87,10	87,20	87,10	87,—
5proz. Argent. Goldanl.	50,25	50,75	49,75	49,50	49,50	49,70
5proz. Griech. Anleihe	71,75	71,30	72,—	71,80	72,10	72,50
Russische Noten	212,35	212,55	213,25	213,25	212,75	213,—
Ungar. Kronenrente	93,80	93,60	93,60	93,50	93,40	93,10
Lübeck-Büchener	143,25	143,80	146,50	145,—	145,40	145,40
Ostpreuss. Südbahn	75,75	75,10	75,75	76,10	76,25	75,30
Lux. Prinz Henrybahn	75,80	75,50	75,30	75,75	75,90	75,75
Gotthardbahn	165,10	164,50	164,10	164,10	164,40	164,—
Schweiz. Centralbahn	124,90	124,90	124,40	124,10	122,90	123,60
Warschau-Wiener	200,50	202,25	203,—	202,25	202,—	201,25
Berl. Handels-Ges.	145,30	144,25	144,30	144,75	144,—	143,50
Darmstädter Bank	142,—	141,40	141,25	141,—	140,90	140,40
Deutsche Bank	162,90	161,90	162,50	162,25	162,25	161,50
Diskonto-Kommandit	188,75	188,25	188,50	188,—	188,25	187,50
Oesterr. Kreditaktien	179,60	176,75	179,60	178,60	179,50	178,25
Brauerei Patzenhofer	313,75	310,25	312,—	312,50	314,10	314,50
Bochumer Gussstahl	125,10	124,60	124,90	126,70	125,50	123,75
Dortmunder Union	62,50	61,10	60,80	61,—	61,—	60,—
Gelsenk. Bergwerk	140,40	139,80	139,70	139,60	139,30	137,70
Harpener Bergwerk	128,90	128,—	127,90	127,75	126,20	124,—
Hibernia „	110,10	108,90	108,75	108,30	107,50	106,60
Laurahütte „	108,80	108,—	108,20	180,50	108,80	107,30
Nordd. Lloyd	124,10	123,40	123,—	123,50	124,—	124,—
Riebeckische Montanw.	165,60	165,10	165,90	165,90	165,90	165,50

Unser Getreidemarkt beschäftigte sich in der abgelaufenen Woche vorzugsweise mit Betrachtungen über den Feldstand. Die anhaltende Trockenheit hat zweifellos die Entwickelung der Saaten gehemmt. Eine Bestätigung dessen findet sich auch in den amtlichen Veröffentlichungen über den inländischen Saatenstand. Klagen der Landwirthe sind aus dem Inlande wie aus dem Auslande in reicher Anzahl eingetroffen und von befestigendem Einflusse auf die Haltung des Marktes gewesen. Es wurde dem gegenüber aber nicht ausser Betracht gelassen, dass der Monat April nicht von ausschlaggebender Bedeutung für das Wachsthum der Früchte ist, dass in Ungarn, Frankreich und Ostdeutschland in den letzten Tagen Regenfälle stattgefunden haben und dass ein Witterungsumschlag sehr leicht die bisher entstandenen Feldbeschädigungen nicht in der Hauptsache zu beheben vermag. Ausserdem wurde auch in Berücksichtigung gezogen, dass in Nordamerika noch ungeheure Getreidevorräthe lagern und dass die Verladungen von dort nach Europa neuerdings eine Zunahme erfahren haben und dass Ostindien seine Verschiffungen wieder aufgenommen hat. Diese Verhältnisse boten den Klagen über die Ernteaussichten und der dadurch hervorgerufenen Preissteigerung ein Gegengewicht, welches in der zunehmenden Bewölkung und der darauf gegründeten Hoffnung auf baldige Niederschläge eine Verstärkung erhielt. Da die Witterungsverhältnisse in erster Linie die Roggenfelder in Mitleidenschaft gezogen haben, nahm Roggen die Hauptaufmerksamkeit der Spekulation in Anspruch. Die Ankünfte von Roggen waren nicht bedeutend und bestanden zum Theil aus minderwerthiger Waare, die wesentlich unter Terminpreis abgegeben werden musste. Die ungünstigen Berichte aus Südrussland veranlassten anfangs eine Preissteigerung von 4,50 M. für spätere Sichten. Von diesem Aufschlag gingen nachher 1,75 M. verloren, weil Glattstellungen stattfanden und Pommern reichliche Anerbietungen nach hier legte. Für Weizen wurde auf Grund grösserer Ankäufe, welche für österreichische Rechnung zur Ausführung gelangten, anfänglich eine Erhöhung von ca. 2,50 M. durchgesetzt, der Artikel ging aber nachher bis unter seinen Anfangsstand zurück. Gegen Wochenschluss erfolgte alsdann eine mässige Erholung, namentlich für die nahen Sichten. Hafer bekundete fortdauernd eine feste Haltung, weil feine Sorten stets gefragt waren und für sächsische und rheinische Rechnung grössere Ankäufe auszuführen waren. Der Artikel schliesst mit einem Preisgewinn von 3 M. Mais nahm zunächst infolge mangelnden Angebotes eine rasch aufsteigende Richtung ein, später erfolgte ein leichter Rückschlag, weil ansehnliche Ladungen von Donaumais eingetroffen sind. — Rüböl erfuhr in Uebereinstimmung mit den widerspruchsvollen Meldungen über den Stand der ausländischen Rapsfelder mehrfache Schwankungen, die in einem Preisaufschlage von 0,30 M. auslaufen. Der Spiritushandel verlief in fester Haltung, weil die Lokozufuhren erheblich nachgelassen haben und bisweilen so gering waren, dass Verkäufe aus den Lagerbeständen vollzogen werden konnten. Der Spirituspreis hat sich per loko nur 0,50 M. und für Terminware um 0,70—0,80 M. gehoben. Es notirten:

	1892	1893	
	23. April.	22. April.	28. April.
Weizen per Mai-Juni	188,50	157,50	158,—
„ „ Sept.-Okt.	—	163,—	163,50
Roggen per April-Mai	194,25	137,25	140,—
„ „ Sept-Okt.	164,50	144,—	146,75
Hafer per April-Mai	147,50	145,—	148,—
„ „ Sept.-Okt.	—	139,—	142,—
Mais per April-Mai	114,—	109,50	111,55
Rüböl per April-Mai	53,70	50,—	50,30
Spiritus loco	41,10	36,50	37,—
„ per April-Mai	40,70	35,10	35,90
„ „ August-Sept.	42,40	36,60	37,30

— Dividenden. Der Aufsichtsrath der Vereinigten Rottweiler Pulverfabriken beschloss, der Hauptversammlung unter reichlichen Abschreibungen die Auszahlung von 11½ Proz. Dividende vorzuschlagen. — Der Aufsichtsrath der Berliner Kunstdruck- und Verlagsanstalt vorm. A. & C. Kaufmann beschloss, der Generalversammlung eine Dividende von 4 Proz. vorzuschlagen bei erheblichen Abschreibungen. Im laufenden Jahre ist die Gesellschaft mit guten Aufträgen versehen. — Die Verwaltung der Eutin-Lübecker Bahn schlägt 1¼ Proz. (1891 1½ Proz.) Dividende vor. — Der Verwaltungsrath der Böhmischen Nordbahn beschloss, mit Rücksicht darauf, dass die wegen einer Kapitalserhöhung mit der Staatsverwaltung eingeleiteten Verhandlungen noch nicht beendet sind, der Generalversammlung die 1892er Dividende mit 7½ fl. (1891 8½ fl.) vorzuschlagen. Die Dividende wird eventuell auf 9 fl. erhöht, falls vor der Generalversammlung eine Einigung mit der Regierung erzielt wird. — Der Aufsichtsrath der Nürnberger Lebensversicherungsbank beschloss, die Vertheilung einer Dividende von 6 Proz. (1891 4¾ Proz.) in Vorschlag zu bringen.

— Der Verwaltungsrath der Bank von Spanien beschloss, noch ein weiteres Jahr den Dienst des Schatzamtes zu besorgen. Die Bank wird dem Staatsschatze 50 Millionen auf ein Jahr gegen 3 Proz. Zinsen vorstrecken.

— Oesterreichisch-Ungarische Staatsbahn. Die Generalversammlung der Bahn findet am 31. Mai statt. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. die eventuelle Beschlussfassung über einen mit dem Kurator für die Besitzer der 3prozentigen Obligationen abzuschliessenden Vergleich.

New York, 28. April. Der Plan zu einer Reorganisation der Philadelphia-Reading-Bahn schlägt die Emission einer sechsprozentigen Collateral-Trust-Anleihe in Höhe von 20 Millionen Dollars vor, die nach den vierprozentigen Obligationen rangiren würde. Dadurch werde eine neue Einzahlung auf Aktien oder Income-Bonds vermieden. In einer Unterredung mit Bankiers äusserte sich der Schatzamts-Sekretär Carlisle gestern dahin, die Emission von Bonds würde im gegenwärtigen Augenblick nur zeitweilige Abhilfe schaffen, eine solche würde nur als letztes Zufluchtsmittel erfolgen. Die Währungsgesetze des Landes seien schlecht und bedürften der Revision, die am besten mit der Aufhebung des Sherman-Gesetzes ihren Anfang nehmen sollte.

— Zahlungseinstellungen. London, 28. April. Wie das „Reuter'sche Bureau" aus Melbourne von heute meldet, hat die „Standard-Bank of Australia" ihre Zahlungen eingestellt. Das Kapital beträgt 1 Mill. Lstrl. Es wird die Umgestaltung der Bank beabsichtigt.

Buenos-Ayres, 27. April. [Telegr.] Goldagio 211,00.

Rio de Janeiro, 27. April. [Telegr.] Wechsel auf London 12⅞.

Wasserstände. († bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel.	27. April.	† 0,27	28. April.	† 0,26	1	—
Weissenfels, Oberpegel	„	† 2,26	„	† 2,24	2	—
do. Unterpegel	„	—0,30	„	—0,32	8	—
Halle, Unterhaupt . .	29. April.	† 1,66	29. April.	† 1,64	2	—
Trotha, do.	„	† 1,34	„	† 1,34	—	—
Alsleben, Oberpegel .	27. April.	† 2,27	28. April.	† 2,25	1	—
do. Unterpegel .	„	† 1,10	„	† 1,06	4	—
*Kalbe, Oberpegel . .	„	† 1,34	„	† 1,34	—	—
do. Unterpegel . .	„	† 0,16	„	† 0,16	—	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.	April.	Fall	Wuchs		April.	Fall	Wuchs
Budweis . . .	27.—0,36	6	—	*Torgau . . .	28. † 1,22	1	—
Prag	„ † 0,05	—	1	*Wittenberg . .	„ † 1,80	—	—
Jungbunzlau	„ † 0,46	—	6	*Rosslau . . .	„ † 1,18	2	—
Laun	„ † 0,02	6	—	*Barby	„ † 1,45	1	—
Pardubitz . . .	„ † 0,40	3	—	*Magdeburg . .	„ † 1,30	—	2
Brandeis . . .	„ † 0,71	1	—	*Tangermünde.	„ † 1,90	2	—
Melnick . . .	„ † 0,20	4	—	*Wittenberge .	„ † 1,70	3	—
Leitmeritz . . .	„ † 0,05	1	—	*Dömitz Peg. .	„ † 1,07	3	—
Aussig	„ † 0,35	2	—	*Lauenburg . .	„ † 1,19	4	—
Dresden . . .	23.—0,78	2	—				

* Beobachtet nach amtl. Depeschen der kgl. Elbstrombau-Verwaltung

Fahrtiefen vom 27. April.

Unstrut. Zwischen Freyburg und der Mündung. 0,84 m bei Nissmitz.

Börse zu Halle am 29. April.

Preise mit Ausschluss der Maklergebühr für 1000 kg netto.

Weizen, ruhig, 150—158 M., feinster märkischer über Notiz. Rauhweizen ruhig, 144—158 M. Roggen, ruhig, 134 bis 139 M. Gerste, Brau-, ruhiger, 155—175 M., feinste bis 180 M., Futter- 118—140 M. Hafer, fest, 152 — 156 M. Mais, amerikanischer Mixed, 120 bis 125 M., Donaumais 120 bis 136 M. Raps, — M. Rübsen, — M. Erbsen, Viktoria-, 190—200 M.

Preise für 100 kg netto.

Kümmel, ausschl. Sack, — M. Stärke, einschliesslich Fass, Halleische prima Weizen, 38,50—39,00 M., abfallende Sorten billiger. Maisstärke, einschl. Fass, gefragt, 35—36 M. Mohn —,— M. Futterartikel gefragt, Futtermehl 12,00—12,50 M. Roggenkleie 9,75—10,75 M. Weizenschalen 9,00—9,50 M. Weizengriesskleie 9,00—9,50 M. Malzkeime, helle, 11,00—11,50 M., dunkle 9,00—10,00 M. Oelkuchen 13,00—14,00 M. Malz 26,50—28,50 M. Rüböl —,—, Petroleum 20,50 M. Solaröl 0,825/300 10,50 M.

Spiritus, 10,000 Liter-Proz., fest, Kartoffel- mit 50 M. Verbrauchsabgabe 57,50 M., mit 70 M. Verbrauchsabgabe 37,50 M., Rüben- —,— M.

Chemische Produkte.

* London, 27. April. Chilisalpeter 10 sh. 1⅞—3 d. für gewöhnliche, 10 sh. 1¾—3 d. für chemische Sorten.

Für die Redaktion verantwortlich: Für Politik Dr. Oscar Linke, für Lokales, Provinzial- und Handelsnachrichten Hermann Bach; für Feuilleton ꝛc. Albert Oerling, sämmtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930429011/fragment/page=0003

Gründung 1839.
Gros u. Détail.
Feste Preise.

Rudolph Hertzog

20 Mk.-Aufträge u. Proben franco.
Probenversand nur nach Angabe von Preis und Art.

15—14. Breitestrasse. **Berlin C.** Brüderstrasse 27—29.

Eigenes Haus in Plauen i. V.

für Einkauf und Veredlung der In- und Ausländischen Gardinen-Fabrikate.

Transito-Lager im Hause.

Special-Geschäft für Damenkleider-Stoffe jeder Art. — Seiden-Waren, Seiden-Sammete, Plüsche, Velvets. — Besatz-Artikel. Brautschleier. — Seidene Cachenez u. Taschentücher. — Spitzen-Volant-Roben, Spitzenstoffe, Spitzen u. Stickereien. — Leinen. Gesäumte Leinene Tafelzeuge, Handtücher, Taschentücher. Badetücher u. Bademäntel. — Fertige Leib- u. Bett-Wäsche. Bettfedern u. Daunen. — Bettdecken. — Rouleaux- u. Marquisen-Stoffe. — Elsasser Weisse Baumwollen-Waren. — Futter-Stoffe. Gardinen u. Stores. — Congress-Stoffe, Zier- u. Schutz-Decken. Möbel- u. Vorhang-Stoffe. — Portièren. — Tisch- und Divan-Decken. — Teppiche. — Bett- u. Pult-Vorleger. — Läufer- u. Teppich-Stoffe. — Echte Chinesische Matten. — Fahnen und Banner. — Fahnen-Stoffe. — Friese. — Flanelle. — Tricotagen u. Strümpfe für Damen, Herren u. Kinder. — Reise-, Pferde- u. Wagen-Decken. — Schlaf- u. Stepp-Decken, Daunen-Decken. Tücher. — Blusen. — Tuchkragen (Capes). — Spitzen-Umhänge. Tricot-Taillen. — Gestrickte Herren- und Damen-Westen. Jupons. — Angora-Felle. — Chinesische Schaf- u. Ziegen-Felle. Schürzen. — Sonnen- u. Regen-Schirme. — Armblätter etc.

Franco-Versand aller Aufträge von 20 Mark an.

Der soeben erschienene, reich illustrirte

Saison-Catalog

wird auf Wunsch gratis und franco zugesandt.

Die Firma unterhält für den Verkauf weder Zweiggeschäfte noch Reisende oder Agenten.

An Sonntagen und christlichen Feiertagen bleiben die Verkaufsräume und Bureaux geschlossen.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern, Unterhaltungsblatt u. Bl. f. Haus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930429011/fragment/page=0004